

Kiel, 16.06.2005

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 14 – Sozial gerechte Reform: Deutliche Senkung der Lohnnebenkosten

Lothar Hay:

Für ein gerechtes und transparentes Steuersystem

Ich freue mich, dass unser ehemaliger Koalitionspartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN uns mit seinem Antrag eine Debatte über die Senkung der Lohnnebenkosten und damit dem Steuerkonzept der SPD Schleswig-Holstein ermöglicht. Diese Debatte wurde schon am 28. April 2004 geführt, also eine Déjà-vu-Debatte. Klar ist mir allerdings, was Sie wenige Wochen vor der Bundestagswahl mit ihrem Antrag bezwecken.

Die Position der SPD Schleswig-Holstein ist seit langem bekannt. Unsere Steuervorschläge bringen wir in die Debatte um das Wahlprogramm der SPD – hoffentlich mit Erfolg – ein.

Wenn Sie mit Ihrem Antrag die Hoffnung verbinden, die beiden jetzigen Koalitionspartner gegeneinander auszuspielen, dann kann dies allein schon deshalb nicht klappen, weil wir uns im Koalitionsvertrag auf eigenständige Initiativen der Partner in der Steuerpolitik geeinigt haben. Im Koalitionsvertrag heißt es: „In Fragen der Steuerpolitik ist sich die Koalition darüber einig, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, Ausnahmetatbestände, Finanzhilfen und Subventionen zu verringern oder ganz abzuschaffen und Mehreinnahmen zu generieren.“

Und weiter heißt es: „Bei dem notwendigen Umbau des Steuersystems werden die Kriterien Aufkommensneutralität, soziale Gerechtigkeit und Impulse für beschäftigungs- und familienfreundlichere Strukturen angelegt.“

Wenn wir nun über den Kern Ihres Antrages, nämlich über die Frage der Erhöhung der Mehrwertsteuer diskutieren, so gibt es auch hier meiner Auffassung nach eine breite inhaltliche Übereinstimmung, der nur die kleine Fraktion der Liberalen widersprechen wird, die sich allerorten für Steuersenkungen ausspricht, ohne die Frage zu beantworten, wie denn die notwendigen staatlichen Einnahmen aufgebracht werden sollen.

Dies ist aber schließlich für eine Spaßpartei auch nicht nötig, denn bei ernsthaften Überlegungen hört der Spaß auf. Das wollen wir den Westerwelles und Kubickis nicht zumuten und hoffen, dass sie nicht in den Zwang geraten, im nächsten deutschen Bundestag eine mitentscheidende Rolle spielen zu müssen. Dies ist nicht das Interesse der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein.

Unsere Vorschläge für ein sozial gerechtes und einfaches Steuersystem wären ein Lichtblick für die große Mehrheit der Steuerzahler, ein Lichtblick für die Einnahmesituation von Ländern und Kommunen, ein Lichtblick auf dem Weg zur Verringerung der Sozialabgaben und ein Lichtblick für alle, die immer wieder eine Vereinfachung des Steuersystems gefordert haben.

Bereits im letzten Jahr waren sich die Finanzminister der Länder im Wesentlichen einig, dass das übereinstimmende Ziel der Steuervereinfachung nicht um den Preis weiter sinkender Staatseinnahmen angestrebt werden darf. Hier besteht auch Einigkeit in der Koalition.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger zu Recht nach ausreichenden Mitteln für Schulen, für Kindergärten, für Straßenbau und viele andere Maßnahmen rufen, dann müssen sie dem Staat auch ermöglichen, die finanziellen Mittel dafür bereit zu stellen.

Klar ist, ohne den Abbau von Steuervergünstigungen sind alle Versuche, zu einem einfachen Steuerrecht zu kommen zum scheitern verurteilt.

Eine Reform, die ein transparentes und gerechtes Steuersystem zum Ziel hat, ist eine Mammutaufgabe. Unser 10-Punkte-Plan könnte hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Wenn die öffentlichen Aufgaben auch zukünftig annähernd gerecht erledigt werden sollen, dann darf es keine weiteren Einnahmeverluste für den Staat geben. Deshalb kann es auch keine Senkung des Spitzensteuersatzes über 42 % hinaus geben. Auch die Überlegung, Einkommen über 500.000 € zu zusätzlichen Abgaben heranzuziehen, halten wir für richtig.

Subventionen müssen abgebaut und Schlupflöcher gestopft werden. Eine verbreiterte Bemessungsgrundlage soll zu Steuersenkungen, insbesondere für Geringverdienende, zur Förderung von Familien genutzt werden. Die Senkungen im Eingangsteuersatz können dazu beitragen, Netto-Arbeitseinkommen und Sozialleistungen zu vergrößern und beschäftigungs- sowie arbeitsmarktpolitischen Verwerfungen des Sozialsystems entgegenzutreten.

Über Pauschalierungen, beispielsweise bei Werbungskosten und Fahrtkosten, soll der Verwaltungsaufwand bei den Steuerzahlern und den Finanzämtern erheblich verringert werden. Es könnte dann in vielen Fällen auf eine Steuererklärung verzichtet werden.

Damit Kinder nicht länger das Armutsrisiko Nr. 1 bleiben, wollen wir über eine verfassungskonforme Individualveranlagung und den gleichzeitigen Wegfall des Splitting-Tarifs über ein erhöhtes Kindergeld Steuernehreinnahmen unmittelbar an die Eltern zurückgeben.

Wir wollen die Erbschaftssteuer reformieren und große Erbschaften steuerlich stärker heranziehen. Gleichzeitig soll über Freibeträge das selbstgenutzte Familienhaus gesichert und die Betriebsübernahme insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen erleichtert und sichergestellt werden.

Das Steuersystem muss die Finanzierung aller Ebenen, also auch der Kommunen sichern. Dies kann durchaus über die Einführung einer Kommunalsteuer auf der Basis der bisherigen Gewerbesteuer gelingen. Die Kommunen brauchen auch weiterhin eigenständige Steuerquellen. Deshalb müssen alle, die von der erheblichen Infrastruktur in besonderem Maße profitieren, auch ihren angemessenen Beitrag zu ihrer Finanzierung leisten.

Die Kraftfahrzeugsteuer soll abgeschafft werden, da hier der Ertrag von Steuern und der Aufwand für ihre Erhebung nicht mehr in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Den Ausgleich für die Länder könnte eine Beteiligung an einer erhöhten Mineralölsteuer schaffen.

Von 1998 bis 2005 hat es insgesamt für Steuerzahler und Unternehmen Steuerentlastungen im Umfang von 55 Mrd. € gegeben. Dies ist die größte Steuerentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik. Bei weiteren Maßnahmen der Steuervereinfachung wird es darauf ankommen, die soziale Symmetrie in unserer Gesellschaft im Blick zu behalten. Also, geringer Verdienende und Familien mit Kindern müssen besser gestellt werden. Bei allen zukünftigen Überlegungen muss der Subventionsabbau eine zentrale Rolle spielen.

Bei der Frage, um die es hier geht, nämlich die Erhöhung der Mehrwertsteuer, will ich ganz deutlich und hoffentlich für unsere Seite zum letzten Mal darauf hinweisen, dass unser Konzept nur dann eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für angemessen und richtig erachtet, wenn diese für die Senkung der Lohnnebenkosten verwendet wird. Eine Mehrwertsteuererhöhung lediglich zur Konsolidierung der Haushalte lehnen wir eindeutig ab.

Es besteht jedoch Einigkeit: Die hohen Lohnnebenkosten wirken wie eine Strafsteuer auf Arbeit. Schwarzarbeit wird begünstigt. Unser Ansatz bedeutet ein ganz klares Ja zur Sozialreform und damit verbundener größerer Eigenverantwortung, aber ein klares Nein zur Abschaffung des Solidarprinzips in den Sozialversicherungen.

Die Umsetzung dieses Konzepts würde den Konsum in Deutschland stärken und über die Entlastung des Faktors Arbeit auch Chancen auf Beschäftigung erheblich steigern. Wenn dann gleichzeitig der ermäßigte Steuersatz für Waren des täglichen Gebrauchs noch reduziert wird, entlastet dies die Gering- und Normalverdiener.

Von den verringerten Sozialversicherungsbeiträgen profitieren auch endlich einmal nicht nur die Unternehmer, sondern eben auch direkt die Arbeitnehmer. Wenn Arbeit wieder billiger wird, entstehen mehr Arbeitsplätze und die Kaufkraft steigt insgesamt. So stärkt der Beschäftigungszuwachs die Konjunktur und unterstützt den Konsolidierungskurs bei den sozialen Sicherungssystemen nachhaltig. Skandinavische Beispiele zeigen das Potenzial eines solchen Ansatzes.

Mit der Agenda 2010 ist ein schmerzhafter, aber unausweichlicher Weg begonnen worden. Diesen notwendigen Weg müssen wir weitergehen. Es bedarf allerdings an der einen oder anderen Stelle einer Korrektur, aber insgesamt ist dieser Ansatz richtig und alternativlos.

Wir sind uns mit dem Finanzminister darin einig, dass die Verringerung von Lohnnebenkosten durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ein möglicher und sinnvoller Weg sein könnte. Ich freue mich natürlich, dass auch die Grünen diese Position nach wie vor teilen. Einen Diskussionsbedarf sehen wir allerdings zu diesem Thema zurzeit nicht und lehnen den Antrag deshalb ab.